



**Interpellation von Thomas Brändle und Thomas Lötscher
betreffend Zwangsverheiratung von im Kanton Zug lebenden, muslimischen Frauen
vom 15. November 2010**

Die Kantonsräte Thomas Brändle, Unterägeri, und Thomas Lötscher, Neuheim, haben am 15. November 2010 folgende Interpellation eingereicht:

In der öffentlichen Wahrnehmung erfahren vermehrt religiöse Themen und Weltanschauungen Aufmerksamkeit. Glaubensfragen sind oft auch individuelle, persönliche Werthaltungen, die in liberalen Gesellschaften aufgrund der garantierten Religions- und Meinungsfreiheit ihren Platz haben dürfen. Problematisch wird es dann, wenn sich Glaubensdogmen über die Errungenschaften unseres modernen, demokratischen und säkularen Rechtsstaates hinwegsetzen und religiöse Werthaltungen, Traditionen und Rituale gegen unsere Gesetze verstossen.

In einem Interview des Tagesanzeigers vom 8. November 2010 behauptet die ZDF-Journalistin und Buchautorin Güner Balci, dass sie von in der Schweiz lebenden Muslimen wisse, die ihre Töchter zwangsverheirateten. Natürlich soll jeder auch die Freiheit haben dürfen, die Unfreiheit zu wählen – wenn dies aus freien Stücken geschieht und die betroffenen Menschen volljährig sind. Ist dies nicht der Fall, ist ein demokratischer Staat in der Pflicht einzuschreiten, also Menschen in einer solchen Zwangslage zu beschützen.

Aus der geschilderten Sachlage ergeben sich folgende Fragen:

1. Sind im Kanton Zug Fälle von Zwangsheirat von minderjährigen oder volljährigen muslimischen Frauen bekannt? Und wie stellt der Kanton sicher, dass seine Behörden von solchen Zwangsheiraten erfahren?
2. An welche Behörde oder Stelle kann sich eine bedrohte Frau, ein bedrohtes Mädchen wenden? Wie erfährt eine muslimische Frau von diesem Hilfsangebot? Wie häufig wurde eine solche Stelle in den letzten fünf Jahren von muslimischen Frauen kontaktiert?
3. Wie oft wurde in den letzten fünf Jahren ein Dispensgesuch von obligatorischen schulischen Veranstaltungen von muslimischen Schülerinnen gestellt? Wie häufig wurden solche Gesuche von den gemeindlichen Behörden bewilligt?
4. Welche Empfehlungen/Unterstützung geben die DBK und die DI den gemeindlichen Behörden in dieser Problematik?
5. Ist die Regierung der Ansicht, dass im Kanton Zug genug für die Sicherung der Menschenrechte muslimischer Mädchen und Frauen getan wird?